

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 181/II

Ökonomie der Hochschule II

Von

Uschi Backes-Gellner, Hubert Braun, Gerhard Brinkmann,
Theodor Dams, Klaus Hufner, Dieter Sadowski

Herausgegeben von Christof Helberger



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 181/II

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 181/II

Ökonomie der Hochschule II



Duncker & Humblot · Berlin

Ökonomie der Hochschule II

Von

**Uschi Backes-Gellner, Hubert Braun, Gerhard Brinkmann,
Theodor Dams, Klaus Hübner, Dieter Sadowski**

Herausgegeben von Christof Helberger



Duncker & Humblot · Berlin

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Ökonomie der Hochschule / von Uschi Backes-Gellner . . .

Hrsg. von Christof Helberger. – Berlin: Duncker und Humblot.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; N.F. Bd. 181)

NE: Helberger, Christof [Hrsg.]; Backes-Gellner; Uschi; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins . . .

2. – 1991

ISBN 3-428-07046-1

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1991 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Hagedornsatz, Berlin 46

Druck: Druckerei Gerike GmbH, Berlin 36

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-07046-1

Vorwort

In den Hochschulen der Bundesrepublik nimmt das Bewußtsein zu, im Wettbewerb miteinander zu stehen, und den Hochschulen wird dieser Wettbewerb auch von außen zunehmend auferlegt — sei es im Bereich ihrer Funktion als Anbieter von Dienstleistungen in Lehre und Forschung, sei es in ihrer Rolle als Kostgänger des Steuerzahlers. Dies fördert und erfordert eine intensivierete ökonomische Analyse der Hochschulen.

Nach dem Erscheinen des Bandes Ökonomie der Hochschule I (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 181 / I, Berlin 1989) greift der Bildungsökonomische Ausschuß des Vereins dieses Ziel mit dem vorliegenden Band, der auf der Tagung des Ausschusses 1988 in Frankfurt beruht, erneut auf.

Berlin, April 1990

Christof Helberger

Inhaltsverzeichnis

Zur Lage der deutschen Universität – Eine organisationsökonomische Zwischenbilanz Von <i>Uschi Backes-Gellner</i> und <i>Dieter Sadowski</i> , Trier	9
Ökonomie der Hochschule – Steuerungsinstrumentarium des Staates Von <i>Hubert Braun</i> , Hamburg	39
Die Produktionsfunktion der Universität Von <i>Gerhard Brinkmann</i> , Siegen	53
Inter- und intra-universitäre Kennzahlensysteme zwischen Anspruch und Wirklichkeit Von <i>Klaus Hüfner</i> , Berlin	73
Neuorientierung der Studienförderung: Studienfinanzierung in den Niederlanden und Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland Von <i>Theodor Dams</i> , Freiburg i. Br.	93

Zur Lage der deutschen Universität

Eine organisationsökonomische Zwischenbilanz

Von *Uschi Backes-Gellner*, Trier
Dieter Sadowski, Trier

I. Ein Problemkatalog

Hohe Ansprüche an das eigene Tun, allemal jedoch an die gesellschaftliche Anerkennung dieses Tuns, das mehr als Lebensweise denn Arbeitstätigkeit aufgefaßt wird und dem jegliche Betriebsförmigkeit als fremd und schädlich gelten, prägen das Selbstverständnis der Universitätsangehörigen wohl seit jeher. Die robuste Ideologie der Besonderheit zielt darauf, unerwünschte staatliche und gesellschaftliche Einflußnahmen abzuwehren, gleichzeitig aber die gesellschaftliche Legitimität und die gewünschten Ressourcen zu sichern. Auch im Inneren der Universitäten, „im Streit der Fakultäten“, werden Allokationskonflikte oft grundsätzlich ausgeglichen. Die Freiräume für Forschung und Lehre, die Garantie institutioneller Autonomie, der Selbstverwaltung also auch bei staatlicher Finanzierung, die beamtenrechtliche Stellung des Kerns der Hochschullehrerschaft und schließlich die kostenlose Bereitstellung von Bildung — dies sind die organisatorischen Konsequenzen der herrschenden Normen für funktionstüchtige wissenschaftliche Hochschulen.

Wo die Kosten von Fehlentscheidungen der Lehrer und der Studenten von Dritten, den Steuerzahlern, getragen würden und die disziplinierende Kraft des dauernden Wettbewerbs um Klienten- oder Kundenanerkennung oder zumindest der öffentlichen Rechenschaftslegung fehle und wo besondere Leistungen in Forschung oder Lehre nicht belohnt würden oder aber der Erfolg nicht privatisiert werde, da sei eine Zweckentfremdung der universitären Ressourcen zugunsten der Interessen der Anbieter wahrscheinlich. Solche Verdächtigungen sind rasch benannt: die Bevorzugung einzelner Pflichten, etwa der Forschung auf Kosten der Lehre; die Möglichkeit des Konsums am Arbeitsplatz; die private Nutzung öffentlichen Eigentums oder natürlich auch die bequeme Nachgiebigkeit gegenüber revoltierenden Studenten, wie Buchanan und Devletoglu 1971 behaupteten.

Anekdotisch lassen sich die Zustände in den deutschen Universitäten leicht veranschaulichen. So schreibt ein Kollege, daß er lukrative Angebote, in den Vorstand von Unternehmen einzutreten, ausgeschlagen habe, „nicht zuletzt wegen des unternehmerischen Freiraums, welchen die Universität gewähre“.

Auch bei der Wahl von Forschungsthemen herrscht große Entscheidungsfreiheit. Weber und Mayrhofer (1987) glauben sogar den Abstand des typischen deutschen Professors für Betriebswirtschaftslehre im Unterschied zu seinen österreichischen, schweizerischen und nordamerikanischen Kollegen, die aktuelle Themen rascher aufnahmen, so kennzeichnen zu können:

„Der (deutsche) Wissenschaftler steht eher unter Qualitäts- als unter kurzfristigem Handlungsdruck (. . .). ‚Er steht über den Dingen‘. Er kann kommentieren, kritisieren, analysieren. Wenn er anwendungsbezogene Beiträge leistet, ist dies weitgehend karriereneutral.“ (Weber, Mayrhofer 1988, S. 556f.).

Die Freiheit des deutschen Professors zum Rückzug auf selbstgestellte Anforderungen läßt die Universitäten dem gegenwärtigen Bundesbildungsminister als „Insel der Seligen“ erscheinen. Privatisierung und Förderung von Leistungseliten lauten neue Devisen verschärften Wettbewerbs. Auch für den Wissenschaftsrat tun Reformen not. Er fordert die Beschränkungen der Studiendauern, die Konzentration der Nachwuchsförderung in Studienkollegs, die Errichtung von Forschungsnetzwerken und eine verschärfte Rechenschaftslegung, bislang jedoch ohne starken Widerhall in den Universitäten. Diese geben sich nicht anpassungsunwillig, sondern halten sich durch eine Überlast an Studenten bzw. eine unzureichende Ausstattung mit personellen und sächlichen Ressourcen daran gehindert, ihren Normen gerecht zu werden.

II. Die organisationsökonomische Perspektive

Wer ausfindig machen will, wo vermutete Erfolge wissenschaftlicher Arbeit ausbleiben, weil die Umstände sie nicht erlauben oder weil die Beteiligten sie zwar erbringen könnten, aber nicht wollen, muß erstens Vorstellungen über unabdingbare Voraussetzungen wissenschaftlicher Tätigkeit und zweitens über die Motivation von Wissenschaftlern entwickeln. Sofern der Betrachter selbst Wissenschaftler ist, muß damit gerechnet werden, daß seine Interessen und Ideologien ihn eher über die Wichtigkeit der finanziellen Umstände, der bürokratischen Einschnürung und des staatlichen Unverstandes klagen lassen, als Antriebsschwäche oder Anreizarmut der beamteten Wissenschaftler hervorzuheben. Solches Selbstschutz förderndes Wohlwollen hat jedoch auch einen gewichtigen Vorteil. Der über sich selbst — und seine Gattung — reflektierende Wissenschaftler steht weniger in der Gefahr, die handelnden Subjekte als ökonomische Homunkuli und damit allein über monetäre Stimuli steuerbar zu begreifen.

Eine realistischere Anthropologie schützt nicht nur vor Fehleinsichten, sondern vermeidet auch eher die dysfunktionalen Konsequenzen der Verdinglichung modellimmanenter Schlußfolgerungen. Der Vorschlag, Universitäten als gewinnorientierte Aktiengesellschaften zu organisieren, wie ihn Manne (1973) gemacht hat, läßt den deutschen Betrachter jedenfalls gemeinhin erschauern. Daher ist die Wirkungsanalyse institutionell unterschiedlich ausgestalteter

Anreiz- und Sanktionssysteme in Universitäten ein besonders geeignetes Beispiel für die organisations- und institutionenökonomische Betrachtung.

1. Menschenbilder

Eine Relativierung des dominierenden ökonomischen Menschenbildes als eines zielbewußt seinen materiellen Eigennutz, unabhängig vom Geschick der Mitmenschen, verfolgenden Individualisten knüpft an das klassische Vorbild Adam Smith's an. Smith geht von einem grundsätzlichen zweidimensionalen Menschenbild aus. Einerseits strebe jeder danach, seinen Wohlstand zu mehren, und zwar um so stärker, je mehr er Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit erfahre, die Früchte der eigenen Arbeit zu genießen. Andererseits verfolgten Menschen das Ziel, sozial anerkannt zu sein, also ihre egoistischen Grundmotive und unsozialen Leidenschaften und Handlungen gemäß ihrer Moralvorstellungen zu kontrollieren und zu mäßigen (vgl. Elsner 1986, 220 ff.).

„Nothing but the most exemplary morals can give dignity to a man of small fortune. The vices of levity and vanity necessarily render him ridiculous . . . In his own conduct, therefore, he is obliged to follow that system of morals which the common people respect the most (. . .) the common people look upon him with that kindness with which we naturally regard one who approaches somewhat to our own condition, but who, we think, ought to be in a higher.“ (A. Smith, WN, II, 333 ff.)

Diese Bemerkung mag man als Argument dafür deuten, daß eine gleichmäßig mittelmäßige Bezahlung von Universitätsprofessoren deren Berufsethos stärker hervortreten lasse. Immerhin läßt sie erkennen, daß Smith eine gewisse Substituierbarkeit der beiden menschlichen Grundmotive annimmt, und weiterhin, daß er Verhaltensdifferenzen aus unterschiedlichen institutionellen Arrangements heraus erwartet. Angesichts dieser Ambivalenz des Menschenbildes und der institutionellen Sensibilität menschlichen Verhaltens spricht Rosenberg (1960) von einem „careful balancing of incentive, of provision, of opportunity, to enlarge one's income, against the need to minimize the opportunities for abuse, i. e. possibilities for increasing one's income in an antisocial fashion.“ (Rosenberg 1960, S. 235).

Smith adressierte das Professorenverhalten auch direkt. Er vermutet, daß in Ländern mit reichen Kirchen und armen Universitäten die besten Vertreter der Wissenschaften sich in kirchlicher Anstellung finden ließen, und er zieht dazu die römisch-katholischen und anglikanischen Kirchen als Belege heran. In den protestantischen Ländern mit ihren armen Kirchen seien die besten Wissenschaftler Universitätsprofessoren geworden (vgl. A. Smith, WN, II, S. 334f.). Das allein behauptet gewiß nicht die Käuflichkeit kritischen Geistes, wohl aber, daß Wissenschaftler gegenüber Gelegenheiten für Einkommenserhöhungen als nicht gleichgültig verstanden werden.

Adam Smith sieht in der Verpflichtung für Wissenschaftler, regelmäßig zu lehren, „the most effectual method for rendering him completely master of it